Ortsverband Nördlingen

Artikel vom 03.04.2019

Online-Umfrage zur Altstadtsatzung

OB-Kandidat Höhn begrüßt Bürgerbeteiligung

Hans Puffer erläutert Gerhard Munk und Steffen Höhn die Ausführung einer Natursteintreppe aus Granit. (Bild Jörg Schwarzer)

„Wir begrüßen die aktuell gestartete Online-Umfrage der Stadt Nördlingen zur Neuauflage der Altstadtsatzung sehr. Es ist absolut wichtig, die Bevölkerung an diesem Thema zu beteiligen. Schließlich sind es ja die Anwohnerinnen und Anwohner selbst, die die Regelungen am Ende umsetzen sollen", so CSU-OB-Kandidat Steffen Höhn. Gemeinsam mit dem CSU-Fraktionsvorsitzenden Jörg Schwarzer ruft er daher alle Betroffenen und Interessierten auf, sich unter www.noerdlingen.de/verwaltung/umfragen rege zu beteiligen und mit konkreten Vorschlägen einzubringen. „Es war uns als CSU ein wichtiges Anliegen, dass auch die Bevölkerung an der neuen Satzung beteiligt wird. Wir freuen uns daher sehr, dass die Stadt dieser Anregung nun nachkommt und hoffen, dass auch möglichst viele Menschen diese Chance nutzen", so Schwarzer.

Die CSU hatte sich schon im Vorfeld direkt vor Ort bei Nördlinger „Altstadt-Familien" und Geschäften ein Bild von verschiedenen Regelungen der Satzung gemacht. „Es ist für uns unbestritten, dass die unter Federführung des damaligen Oberbürgermeisters Paul Kling eingeführte Altstadtsatzung ein zentrales Element zur Bewahrung unserer einzigartigen Altstadt darstellt. Die Stadt wird damit Ihrer historischen Verantwortung gerecht. Es ist aber auch richtig, die Regelungen von Zeit zu Zeit zu überprüfen und an die aktuellen Erfordernisse anzupassen", so

Steffen Höhn.

„Ob beispielsweise ein Balkon 20 cm tiefer ist oder nicht, wird das Gesamtbild der Stadt nicht verändern. Es macht aber für die Anwohner einen großen Unterschied bei der Nutzung, ob 2 Stühle nebeneinander passen oder nicht", erklärt Jörg Schwarzer. „Wir wollen gerne Altstadtschutz und Lebensqualität besser in Einklang bringen. Denn nur eine lebendige Altstadt hat auch eine echte Zukunft", ergänzt Bürgermeister Markus Landenberger-Schneider.

Der CSU gehe es nicht um eine allgemeine Aufweichung, sondern vielmehr um eine Konkretisierung und Vereinheitlichung der Regelungen. „Damit eine Satzung von den Betroffenen akzeptiert wird, müssen sowohl die Regelungen, als auch die Ausnahmeentscheidungen transparent und nachvollziehbar sein. Und vor allem auch für alle Akteure gleich stark gelten!", so Steffen Höhn. Insbesondere die Diskussion um den Anbau an die Grundschule Mitte habe dies sehr deutlich gezeigt.